
Wiebke Knell

KNELL: FREIE DEMOKRATEN ERREICHEN AUSSETZUNG VON FSC-ZERTIFIZIERUNG

16.05.2024

Schwarz-Rot reagiert auf Druck der Freien Demokraten

FSC ist teuer, hat aber keinen Nutzen

Millionen an private Lobbyorganisation geflossen

"Ein kleines Stück Renaissance der Realpolitik, das es ohne den Druck der Freien Demokraten nicht gegeben hätte" - mit diesen Worten beschreibt Wiebke Knell, Fraktionsvorsitzende und forstpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, die angekündigte Aussetzung der FSC-Zertifizierung für den hessischen Staatswald. Knell nimmt Bezug auf einen heute in den Landtag eingebrachten Antrag von Schwarz-Rot, der auf einen FDP-Antrag reagiert und eine Forderung der Freien Demokraten in wesentlichen Teilen aufgreift. "Wir Freie Demokraten wollten der ideologiegetriebenen, grünen Forstpolitik der vergangenen Jahre ein Ende setzen. Das hat gefruchtet. Obwohl davon nichts im schwarz-roten Koalitionsvertrag steht, wird die FSC-Zertifizierung nun für vier Jahre ausgesetzt. Das ist ein großer Erfolg der Freien Demokraten", erklärt Knell.

Die Zertifizierung des Staatswaldes nach FSC habe weder ökologische Vorteile noch sei sie ökonomisch sinnvoll. "Die Zertifizierung kostet pro Jahr 1,2 Millionen Euro. Das heißt, dass seit dem Beginn im Jahr 2018 viele Millionen Euro an Kosten angefallen und direkt an eine private Lobbyorganisation geflossen sind, die hinter FSC steht", erläutert Knell. Zu den Zertifizierungskosten kämen noch entgangene Einnahmen von acht bis zehn Millionen Euro pro Jahr durch viele Beschränkungen dazu, die FSC mit sich bringe. "FSC schreibt zum Beispiel vor, dass auf mindestens fünf Prozent der Waldfläche auf jegliche Bewirtschaftung verzichtet wird. Leider wird der Wald damit keinesfalls gerettet - signifikante Fortschritte bei der Biodiversität sind nicht erkennbar. Die teure Zertifizierung

hat keine Vorteile. Das Aus der FSC-Zertifizierung ist eine gute Nachricht für die hessischen Bürgerinnen und Bürger, für die Unternehmen, für den hessischen Wald und auch für die Staatskasse", resümiert Knell.